



Pößneck, den 30.04.26

Offener Brief der Unabhängigen Bürgervertretung (UBV) an den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen sowie an alle Fraktionen des Thüringer Landtages

Keine Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge – Bürger nicht erneut belasten!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Diskussionen innerhalb der Landesregierung und der eingesetzten Haushaltsstrukturkommission über eine mögliche Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge (SAB).

Medienberichte belegen, dass diese Maßnahme im Thüringer Innenministerium als mögliche Einnahmequelle geprüft wird. Gleichzeitig wird öffentlich betont, dass es „keine Denkverbote“ geben dürfe und alle Optionen auf dem Tisch liegen.

Für uns ist klar, bereits die Prüfung einer Wiedereinführung ist ein fatales Signal an die Bürger.

Die Abschaffung 2019 war eine historische Entscheidung

Die Straßenausbaubeiträge wurden im Jahr 2019 nicht zufällig abgeschafft, sondern waren das Ergebnis eines breiten gesellschaftlichen Widerstandes. Zehntausende Thüringer Bürger haben sich beteiligt. Bürgerinitiativen, die Bürgerallianz Thüringen und der VDBG haben über Jahre Druck aufgebaut. Die Beiträge wurden zu Recht als sozial ungerecht und existenzgefährdend bewertet.

Mit der Abschaffung wurden rund 20.000 Grundstückseigentümer sowie Mieter und die Wirtschaft jährlich um ca. 15 Millionen Euro entlastet.

Diese Entscheidung war ein wichtiger Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität im Freistaat.

Die Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge wäre ein massiver Rückschritt und hätte gravierende Folgen mit einer unnötigen Belastung von zigtausenden Bürgern.

Eigentümer würden erneut mit Beiträgen im vier- bis fünfstelligen Bereich konfrontiert, oft ohne echte Einflussmöglichkeit.

Die Schwächung der Kaufkraft wäre das Ergebnis. In einer ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage würde dies den privaten Konsum reduzieren sowie regionale Unternehmen, Handwerk und Gastronomie zusätzlich belasten.

Die Landesregierung riskiert einen weiteren Verlust von Vertrauen in die Politik. Eine Rücknahme einer einmal getroffenen Entlastungsentscheidung wäre für viele Bürger ein Vertrauensbruch.

Straßen werden von der Allgemeinheit genutzt, eine einseitige Finanzierung über Anlieger bleibt grundsätzlich ungerecht, wie bereits 2018/2019 dargelegt wurde und der Systemfehler würde bestehen bleiben.

Auch im Namen unzähliger Bürgerinitiativen und zigtausender betroffenen Thüringer Bürger erklären wir unmissverständlich:

Die Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge lehnen wir entschieden ab.

Die damalige Entscheidung darf nicht rückgängig gemacht werden.

Wir fordern:

1. Eine klare und öffentliche Absage der Landesregierung an die Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge
2. Verlässlichkeit politischer Entscheidungen – keine Rückabwicklung beschlossener Entlastungen
3. Alternative Lösungen zur Haushaltskonsolidierung, die nicht einseitig Bürger belasten

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge war ein Meilenstein für Thüringen.

Wer diese Entscheidung heute infrage stellt, riskiert nicht nur wirtschaftlichen Schaden, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die Politik.

So verbessert man keine Lebensbedingungen, man verschlechtert sie.

Wer ernsthaft darüber nachdenkt, die Straßenausbaubeiträge zurückzubringen, hat aus den Protesten der vergangenen Jahre nichts gelernt.

Die Bürger werden das nicht akzeptieren.

Wir erwarten Ihre klare Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst
i.A. Unabhängige Bürgervertretung Saale-Orla (UBV)